

Kommunale Bäder: Nicht schließen – sondern wirtschaftlicher betreiben

Unter diesem Titel erschien in die ‚Gemeinde SH 6/2014‘, einem amtlichen Blatt des Gemeindetages Schleswig Holstein, ein längerer Artikel von Prof. Dr. Robin Kähler, Direktor a.D. des Sportzentrums der Universität Kiel.

Die BI für die Rettung des Laboer Meerwasserschwimmhalle veröffentlicht hier zusammenfassend einige Eckpunkte des Artikels.

Als Ausgangspunkte erscheinen dem Autor folgende Feststellungen wesentlich in diesem Thema,

1. dass man nach einer Studie der ‚DLRG‘ einen dramatischen Rückgang der Schwimmfähigkeit bei Kindern, personelle Engpässe in den wasserbezogenen Rettungsdiensten wie auch nachlassende Nachwuchse in den Schwimmsportvereinen feststellen muss
2. *dass das Schwimmen bei der Bevölkerung aber eine der beliebtesten Sportarten ist und insbesondere der Jugend, den Älteren und den sozial Schwächeren in unserer Gesellschaft die kostengünstigste und gesundheitlich wirkungsvollste Sportart bietet. Im Erleben der Bevölkerung ist daher das Schwimmbad auch eine der wichtigsten Sportstätten.* (Kähler)
3. *dass der Schwimmunterricht (ist) eine hoheitliche Aufgabe ist, die die Kommunen verpflichtet, eine geeignete Schwimmsportstätte und ausreichend Schwimmzeiten für den Pflichtunterricht bereit zu stellen.* (Kähler)

Im Weiteren konstatiert und beklagt Prof. Kähler durchaus die entwickelten Knappheiten der kommunalen Kassen, die den Erhalt von Bädern, gerade wenn sie alt und unrentabel erscheinen, mancherorts tatsächlich als unsinnig und unrealistisch erscheinen lassen. **Aber** auch gleichermaßen, dass dieser Zustand durch kommunal fehlender Bäder-Kontrolle (man stellt eine Unwirtschaftlichkeit erst dann fest, wenn der Status anhand allein von Negativzahlen eingetreten ist!) sowie fehlender Kommunikation zwischen der darin involvierten Kommunalverwaltung und den (schwimminteressierten) Bürgern. Dies im weiteren Sinne natürlich die SchülerInnen sowie die jungen und älteren Aktiven in den Schwimmsportvereinen betreffend.

Da es sich nach seiner Auffassung also um eine unabänderliche ‚Daseinsvorsorge‘ handelt, muss nach der erkennenden Analyse der Situation die Aufgabe darin liegen, kommunal- und bürgergerecht zu handeln. Was letztlich nur bedeuten kann, **nicht zu schließen**, sondern die Wirtschaftlichkeit der kommunalen Schwimm- und Bädersituation progressiv handelnd zu entwickeln.

Dazu befasst Prof. Kähler sich in diesem Artikel auf drei Ebenen: Nämlich auf der der **Nachfrage**, der des **Angebots** und der der **Wirtschaftlichkeit des Badebetreibers und des Betreibermodells**. Hierbei scheint es ihm notwendig, mit den teilweise erstarrt gewohnten wie eingeschworenen Praktiken zu brechen. D.h., dass beispielweise die manchmal nur zu 40% ausgelasteten Bäder (‚Wasserflächen‘) von Schulen und Vereinen als ‚Paket‘ gemietet sind, obwohl durch manchmal unklare Umständen eine Nutzung gar nicht erfolgt oder aber ganz unregelmäßig. Folge dessen sind freie, ungenutzte ‚Wasserflächen‘, deren Ersatznutzung die Öffentlichkeit betreffend gar nicht kommuniziert ist, also de facto auch nicht existiert. Das betrifft gerade die Morgen- und Abendstunden. Diese fallen dann für die Bürger aus, sind nicht genutzt, die Statistik schreibt dann schwarze Zahlen. Hier müsste Kommunikation in und mit der Öffentlichkeit transparent betrieben werden, um überhaupt ändernde Vorschläge auf- und annehmen zu können.

Eine andere Frage beschäftigt Prof. Kähler bezogen auf das Angebot, die Attraktivität. Diese müsste *das zukünftige Bad als Gästehaus (zu) betrachten, in dem der Gast im Mittelpunkt steht und durch ein gutes, Service orientiertes Angebot und Personal betreut wird* (Kähler). Die Wirtschaftlichkeit betreffend ist der Experte durchaus der Auffassung, dass es sich ‚rechnen‘ können muss (Zuschüsse in heutigen Höhen seitens der Steuergelder aus dem kommunalen Haushalt zwischen 1,26 – 213,- Euro pro Einwohner einer Kommune!), was heißen muss, dass **Angebot-Attraktivität-Nachfrage-Nutzung** in einem sinnmachenden und finanziell vertretbaren Rahmen zukünftig geschehen muss, mit der sozusagen finalen Mut machenden Quintessenz: *Der große Unterschied zu einem Unternehmen besteht bei einem kommunalen Bad aber darin, dass es eine gesellschaftlich gewollte Daseinsvorsorge erfüllt und kein Wirtschaftsbetrieb ist-aber dennoch wirtschaftlich arbeiten muss.* (Kähler).

(Zusammenfassung 4.9.2014 von Roland Hoja: rolandhoja@web.de)